

Michael Bröning

Lob der Nation

Warum wir den Nationalstaat nicht
den Rechtspopulisten überlassen dürfen



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0528-7

Copyright © 2018 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlag: Birgit Sell, Köln
Satz: Petra Strauch, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2018

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

1	Einführung: Von einem Konsens, der keiner ist	7
2	Migration, Solidarität und Integration	18
3	Europa und die Demokratie	40
4	Globale Politik und der Nationalstaat	71
5	Fazit und Ausblick: Ein linkes Lob der Nation	94
	Dank	111
	Über den Autor	112

Imagine there's no countries
It isn't hard to do
Nothing to kill or die for
And no religion, too

John Lennon

1 Einführung: Von einem Konsens, der keiner ist

Ein Lob der Nation? Eine Verteidigung des Nationalstaats? Wer so denkt, denkt der nicht gefährlich? Weshalb nicht gleich ein Hoch dem Chauvinismus, ein Hurra auf die Gewalt oder ein pathetisches Bekenntnis zu Ausgrenzung und Hass? Das jedenfalls scheint derzeit weitgehend Konsens nicht nur in der deutschen politischen Klasse, sondern auch in der medialen Berichterstattung, in den Berliner Salons, im Kulturbetrieb, in der Ökonomie, den Sozialwissenschaften, auf Kirchentagen, Parteikonventen und in den allgegenwärtigen Talkshows zu sein. Längst hat sich der Abgesang auf den Nationalstaat zu so etwas wie einem Soundtrack der Öffentlichkeit in Deutschland entwickelt.

Einen der wortgewaltigsten und wohl auch persönlichsten Angriffe gegen das vermeintliche Gift der Nation ritt dabei Peter Glotz, in den 1980er-Jahren Bundesgeschäftsführer der SPD und lange Jahre intellektueller Vordenker seiner Partei. Glotz kritisierte den »Irrweg des Nationalstaats« – so der Titel eines 1990 von ihm publizierten Bands – und nahm dabei kein Blatt vor den Mund: Die Bejahung der Nation war für ihn mit Erich Fromm »moralischer Wahnsinn« und der Staat ein überkommener »Homunkulus«, der weltweit nichts als Unfrieden stifte. Sein wortgewaltiges *J'accuse* gegen den Nationalstaat gipfelte in der Mahnung, ein Festhalten an der Nation sei eine intellektuelle Vorstufe zum Massenmord, denn: »Wer eine Renaissance des Nationalstaats fördert oder auch nur duldet, wird Mitschuld tragen an Hundertausenden von Toten.«¹

Glotz wählte drastische Worte. Doch inhaltlich ist seine Position heute *Common Sense* zumindest aufgeklärter Kreise: Der Nationalstaat sei rückwärtsgerwand und impraktikabel, unsolida-

risch, ineffektiv und in Anbetracht globaler Herausforderungen bestenfalls ein impotenter Atavismus, der eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart schuldig bleibe.

Kaum eine Debatte kommt dabei ohne den Hinweis auf die Nation als künstliches Konstrukt aus. Spätestens seit Benedict Anderson verstehen Sozialwissenschaftler Nation als »imaginierte Gemeinschaft«, als ein sozial konstruiertes Etwas, das schon aufgrund der willkürlichen Gesetztheit zu hinterfragen sei.² Und Karl W. Deutsch prägte Generationen von Politikwissenschaftlern mit dem Bonmot von der Nation, die auf einem »gemeinsamen Irrtum hinsichtlich der eigenen Abstammung und einer gemeinsamen Abneigung gegen Nachbarn« beruhe.³ Ganz zu schweigen von Karl Marx und Friedrich Engels: Beide ließen keinen Zweifel daran, dass die Lösung der sozialen Frage durch die Arbeiterklasse zu einer Überwindung der Nation führen müsse. Schließlich produziere die Ausbreitung des Kapitalismus »im Allgemeinen überall dieselben Verhältnisse zwischen den Klassen der Gesellschaft und vernichtet dadurch die Besonderheit der einzelnen Nationalitäten«.⁴

Angesichts dieser Ausgangslage geht es für viele Progressive nun darum, ebendieses soziale Konstrukt »Nation« zu bearbeiten, zu verändern und, ja, zu überwinden. Weshalb auch sollte das nicht möglich sein? Sind nicht selbst Geschlechterrollen frei wählbar? Warum dann nicht über die Dekonstruktion der Nation den Weg bahnen für eine friedliche menschliche Zukunft, in der, wie von John Lennon besungen, nicht länger Staaten und ihre Grenzen dem Traum weltweiter Brüderlichkeit im Wege stehen? »It's easy if you try!«

Doch wenn der Nationalstaat bereits überlebt und dysfunktional ist oder zumindest sein Ableben unmittelbar bevorsteht, was tritt dann an die Stelle des zunehmend zahnlosen Relikts? Die Antwort seiner Grabredner lautet: Die Zukunft gehört supranationalen Zusammenschlüssen und dezentral kooperierenden Regionen.

Diese Vision wurde besonders nachdrücklich von Robert Menasse und Ulrike Guérot herausgearbeitet. Menasse plädiert in

seinem *Europäischen Landboten* für eine Neuerfindung Europas als »Kontinent ohne Nationen, eine freie Assoziation von Regionen«⁵, während Guérot darlegt, *Warum Europa eine Republik werden muss*. Es gehe darum, den Nationalstaat zu »sprengen«, denn nur so könne »eine Neugründung Europas« als kontinentaler Bundesstaat, »getragen von den Regionen«, gelingen.⁶

Doch eine gewichtige Frage bleibt: Wenn die Kritiker recht haben, wie erklärt sich dann die weltweit anhaltende emotionale Bindung vieler Bürgerinnen und Bürger an das Phänomen Nationalstaat? Weshalb weigern sich die Menschen auf diesem Planeten augenscheinlich, das sozial konstruierte, rückwärtsgewandte und dabei so impotente wie ideologisch gefährliche Konzept der Nation endlich dorthin zu befördern, wohin es moralisch und letztlich gesetzmäßig für progressive Beobachter zu gehören scheint: auf den Müllhaufen der Geschichte? Die Antwort lautet: Weil sie diese Auffassung nicht teilen.

Die Beharrungskräfte des Nationalstaats

Die nackten Zahlen belegen, dass der Nationalstaat für viele Bevölkerungen dieser Welt als ein vielversprechendes Vehikel der Zukunft angesehen wird. Die Zahl der Nationalstaaten lag im Jahr 1980 noch bei 177. Im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion und Jugoslawiens schnellte diese Zahl nach oben. Aktuell – Stand Anfang 2018 – gibt es 202 Staaten, Tendenz steigend. Auch wenn eine Vielzahl dieser Länder derzeit ehrlicherweise kaum als funktionierende *Nationalstaaten* bezeichnet werden können, »bleibt nationalstaatliche Souveränität noch immer eine begehrte politische Ressource«⁷. Separatistische Bewegungen wie jüngst die der Schotten und der Katalanen oder seit geraumer Zeit die der Kurden und der Palästinenser richten ihre Souveränitätswünsche daher durchaus nachvollziehbar auf die Errichtung eines eigenständigen Nationalstaats aus. Auch in Asien und Afrika haben Regionen diesen

begehrten Status in jüngerer Zeit errungen: In Osttimor und im Südsudan feierten Unabhängigkeitsbewegungen die Etablierung eigener Nationalstaatlichkeit – durchaus mit enthusiastischer Unterstützung auch progressiver Beobachter.

Auch wenn es manch einem Betrachter augenscheinlich schwerfällt, das zu akzeptieren, muss man konstatieren: Diese Entwicklung wird getragen von dem dezidierten Wunsch einer überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung nach einer nationalstaatlichen Identität. Über das Ausmaß dieser Verbundenheit der Menschen mit ihrem Staat liefern die Ergebnisse der Meinungsforschung wie etwa der *World Values Survey* (WVS) wichtige Hinweise. Die Umfragen des WVS, die im Jahr 1981 starteten, beinhalten repräsentative Meinungsumfragen in fast 100 Ländern, die rund 90 % der Weltbevölkerung erfassen. Damit gilt diese Umfrage als die größte nichtkommerzielle supranationale Untersuchung menschlicher Überzeugungen – quer über Landes- und Kulturgrenzen hinweg.

So divers die Einzelergebnisse auch ausfallen, so eindeutig ist das Ergebnis in Bezug auf den Nationalstaat. In den neueren Erhebungen, die zwischen 2010 und 2014 durchgeführt wurden, fragten die Forscher dezidiert nach der Rolle des Staates: 86 % der Befragten zeigten sich »sehr« oder »ziemlich stolz« auf die Zugehörigkeit zu ihrer Nation. Der Anteil derjenigen, die »überhaupt keinen Stolz« auf ihre Nationalität empfinden, lag dagegen gerade im einstelligen Bereich.⁸

In eine ähnliche Richtung gehen Ergebnisse des Meinungsforschungsinstituts YouGov aus dem Sommer 2017, die auf einer Befragung in sieben europäischen Ländern beruhen. Hier untersuchten die Forscher das Verhältnis von nationaler zu europäischer Identität. Das Ergebnis: Lediglich zwischen 1 % und 3 % der Befragten verstanden sich ausschließlich als Europäer: etwa 3 % der Deutschen, 2 % der Briten, 1 % der Franzosen und 0 % der Finnen. Die weit überwiegende Mehrheit der Menschen hingegen definierte sich nach wie vor in erster Linie über ihre nationale

Identität. Dabei fiel zumindest in Frankreich, Deutschland und Schweden auf, dass diese nationale Identität durch eine europäische Identität zumindest in Teilen ergänzt wird. Doch auch hier blieb der Anteil derer, die sich zuerst als Europäer und dann erst als Bürger ihres Nationalstaats fühlen, zwischen 4 % und 6 %. Lediglich in Deutschland erreicht dieser Wert die 10-%-Grenze – ein überraschend geringer Wert angesichts des jahrzehntewährenden europäischen Einigungsprojekts.⁹

Zugleich aber setzen die Ergebnisse ein Fragezeichen nicht nur hinter die moralische Autorität der Kritiker des Nationalstaats, sondern auch hinter die Realisierbarkeit jeglicher antinationalen politischen Strategie – zumindest auf demokratischem Wege. Denn mit welchem Recht wird hier 86 % der Weltbevölkerung die eigene, frei gewählte Identität in Abrede gestellt?

Doch wie lässt sich erklären, dass sich die Realität der freiwilligen Identifizierung mit dem Nationalstaat so massiv unbeeindruckt davon zeigt, was die Kritiker der Nationalstaaten als deren gravierendste Defizite herausstellen? Warum halten die Bürgerinnen und Bürger nichts vom anhaltenden Abgesang auf die Nation?

Offensichtlich entspricht das Bekenntnis einer so erdrückenden Mehrheit der Menschen dieses Planeten gerade zur Nation und zum Nationalstaat einem tieferen Bedürfnis. Einem Wunsch nach einer besonderen Art von kollektiver Identität. Die Stärke des Nationalstaats entspricht dabei der Stärke des Verlangens nach einem in größerem Maßstab übergreifenden gemeinschaftlichen »Wir«, das traditionelle Identitäten wie Familien, Stämme oder dynastische Loyalitäten überwindet. Zugleich aber subsumiert dieses Kollektiv eben auch religiöse, ideologische und kulturelle Unterscheidungen in einer Art nationalen Ökumene des *We the people* – wie es die amerikanische Unabhängigkeitserklärung postuliert.

Die allgegenwärtigen Kritiker der Nation erschauern beim Gedanken an die Schattenseiten dieser Loyalitäten. Sie erhoffen sich eine Verlagerung der identitären Zuordnung auf eine höhere oder

aber eine nachgeordnete Ebene – etwa durch ein Europa der Regionen oder das Ideal der Weltstaatlichkeit als Ausdruck einer Weltgesellschaft. Doch zu fragen ist: Warum sollen diese Kategorien gemeinschaftlicher Identität grundsätzlich vorzuziehen sein? Für die Freunde einer Europäischen Republik etwa sind Regionen moralisch integre Alternativen zur verrufenen Nation. Doch schon ein nur kursorischer Blick zurück in die Geschichte Europas legt den Schluss nahe, dass auch das vornationale Europa der regionalen Feudalstaaten – mithin die Keimzelle der nun so gepriesenen Regionen – alles andere war als ein Ort des Friedens. Ganz abgesehen davon, dass sich auch die Regionen bei genauerer Betrachtung oftmals eben gerade als Nationen begreifen – wie die aktuelle Entwicklung in Katalonien belegt.

Deutsche Einsichten und europäisches Befremden

In weiten Teilen beruht diese Diskussion zumindest in Deutschland auf einem Selbstverständnis, das historisch nur allzu verständlich und gerade für progressive Kreise in besonderem Maße verpflichtend ist. Ist nicht Europafreundlichkeit eine essenzielle Lehre aus der Katastrophe des Nationalsozialismus und übergreifend sinnstiftendes Ziel der deutschen Geschichte? Und ist nicht zugleich das Abschwören von der absoluten staatlichen Souveränität gerade in Deutschland das Entrébillet zurück in die zivilisierte Weltgemeinschaft? Wer möchte nach der Apokalypse des deutschen *Nationalsozialismus* und der mörderischen Hybris des Dritten Reiches noch bei klarem Verstand an den Zutaten dieser Giftmischung festhalten?

Das Vertrackte daran ist jedoch, dass gerade in dieser Diskussion eine spezifisch deutsche Dimension existiert. Und diese läuft immer wieder Gefahr zu übersehen, dass die spezifisch deutsche Sehnsucht nach nationaler Selbstüberwindung europaweit eben

nicht selbstverständlich ist. Sicher, der totale Krieg des Nationalsozialismus ist ohne den totalen Staat nicht denkbar. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass – zumindest aus europäischer Perspektive – gerade die Befreiung des Kontinents vom Geschwür des Nationalsozialismus nur durch die Mobilisierung der Nationen gelang. Die Strände der Normandie wurden ja eben nicht von Komitees der Regionen erstürmt und auch nicht von kosmopolitischen Brigaden der Weltgesellschaft, sondern von den Streitkräften der demokratischen Nationalstaaten der Welt. Zum Sieg über den Nationalsozialismus trugen auch die durchaus sehr patriotische *Résistance* Frankreichs und vor allem die Rote Armee der Sowjetunion bei, wo dem Krieg gegen Nazi-Deutschland nicht zufällig das Attribut »vaterländisch« verliehen wurde.

Letztendlich ist die deutsche Einsicht, dass alles, was mit Nation zu tun hat, von Übel sei, für viele Europäer doch etwas befremdlich. Denn tatsächlich haben sich Nation und Nationalstaat aus dänischer, norwegischer, polnischer, ungarischer und niederländischer Perspektive eben nicht als Aggressionsmittel erwiesen, sondern als Schutzschild. Und zwar pikanterweise gegen Angriffslust aus Deutschland. Selbst eine so kosmopolitische Beobachterin wie Hannah Arendt wandte sich auch deshalb in ihrem Klassiker *The Origins of Totalitarianism* bewusst gegen die Überwindung der Nation. Gerade im Angesicht der *Shoa* kommt für Arendt die »abstrakte Nacktheit des Menschseins« ohne den rechtlichen Schutz der nationalen Identität ungeschminkt zum Vorschein. Auch vor diesem Hintergrund erscheint der wohlmeinende Versuch des intellektuellen Nationalstaats-Exorzismus als geradezu bizarr, wenn er sich so dogmatisch wie apodiktisch von Berlin ausgehend an die Nationen richtet, die unter deutscher militärischer Dominanz am meisten gelitten haben.¹⁰

Ähnlich zweischneidig erscheint der in progressiven Kreisen der westlichen Welt zelebrierte Postnationalismus immer wieder auch aus der Perspektive des globalen Südens. Aus europäischer Perspektive mag man dazu neigen, die Epoche des Kolonialismus

und Imperialismus zu verdrängen, doch für viele Menschen im globalen Süden ist noch lange nicht vergessen, dass nationale Eigenständigkeit nur in langen und oft blutigen Kämpfen gegen imperialistische Kolonialmächte errungen werden konnte.

Besonders problematisch erscheint diese kritische Positionierung zum Nationalstaat aber nicht nur im Hinblick auf die Vergangenheit, sondern auch und gerade in Bezug auf die Zukunft. Denn die Funktion des Nationalstaats als relevante Handlungsebene gerade für die politische Linke erstreckt sich nicht nur auf dessen Schutzfunktion in historischen Ausnahmesituationen. Tatsächlich umgreift er ein viel breiteres Feld politischen Handelns – und dieses Feld ist der eigentliche Gegenstand dieses Zwischenrufs zum »Lob der Nation«.

Dieser Essay soll keine erschöpfende wissenschaftliche Abhandlung sein, sondern ein eher dialektisch zu verstehender Hinweis darauf, dass die zentralen Anliegen progressiver Politik zwar nicht ausschließlich durch den Nationalstaat, aber auf absehbare Zeit ganz sicher nicht ohne ihn realisiert werden können. Angesichts der allzu verbreiteten Rede vom Sündenfall der Nation soll daran erinnert werden, dass Demokratie, Partizipation, globale und lokale Gerechtigkeit sowie Solidarität und Integration in einer globalisierten Welt ohne den Nationalstaat als Forum progressiver Politik derzeit zwar denkbar, aber nicht realisierbar sind. Hierzu soll im Folgenden die zentrale Rolle des Nationalstaats herausgearbeitet werden, und zwar auf drei Ebenen:

(1) Migration, Solidarität und Integration: Solidarität ist ein Kernanliegen progressiver Politik. Praktizierte Solidarität ist nicht nur auf andere gerichtet, sie benötigt auch ein »Wir«, das sie trägt. Vor diesem Hintergrund stellt sich Migration auch als Herausforderung für den sozialen Wohlfahrtsstaat dar. Eine Politik, die sich nicht nur dem Erhalt, sondern auch der Stärkung von Solidarität und gesellschaftlicher Integration verpflichtet sieht, steht deshalb vor der Aufgabe, Migration und Sozialstaat in ein Gleichgewicht zu bringen. Vor diesem Hintergrund soll gezeigt werden, dass gerade

Nationalstaaten im Hinblick auf eine intelligente Migrations- und Integrationspolitik unersetzlich sind.

(2) Europa und die Demokratie: In Anbetracht der Struktur der Europäischen Union erweist sich die Symbiose von Demokratie und Nationalstaat als entscheidend. Demokratie bedarf eines *Demos*, einer klar definierten demokratischen Körperschaft. Historisch und theoretisch ist das Ideal der Volksherrschaft untrennbar mit der Entwicklung des Nationalstaats in einem klar definierten Territorium verbunden. Es ist auch genau dieser Rahmen, in dem linke Politik geschichtlich angetreten ist, um Widerstand und Solidarität gegen die Interessen des Kapitals zu organisieren und demokratische Mitbestimmung einzufordern. Vor diesem Hintergrund soll erörtert werden, inwiefern die derzeit praktizierten Prinzipien des europäischen Einigungsprozesses und der Euro-Rettung demokratische Grundsätze nicht stärken, sondern ihnen bisweilen zuwiderlaufen. Auf die Defizite des real existierenden europäischen Projekts aber kann nicht lediglich mit wohlfeilen Rufen nach kosmetischen Korrekturen oder nach »mehr Demokratie auf europäischer Ebene« reagiert werden. Zu fragen ist vielmehr, ob ein Mehr an Demokratie zur Sicherung der europäischen Errungenschaften nicht am ehesten durch ein Mehr an Nationalstaatlichkeit zu erreichen ist.

(3) Globale Politik und der Nationalstaat: Auf globaler Ebene soll gezeigt werden, dass auch weltweite Sicherheit auf das Engste mit dem Nationalstaat verknüpft ist. Es ist aufschlussreich, dass die globale Ordnung derzeit nicht dort erschüttert wird, wo ein Zuviel, sondern da, wo zu wenig Staatlichkeit zu politischen, sozialen und menschlichen Katastrophen führt. Ist eine handlungsfähige Weltgemeinschaft daher nicht eher durch eine Stärkung der Nationalstaatlichkeit zu erreichen als durch deren Überwindung? Doch auch ökonomische Gründe lassen sich für den Nationalstaat anführen: Ist die politische Einhegung eines zunehmend entgrenzten Kapitalismus und nachhaltige ökonomische Entwicklung tatsächlich ohne Staatlichkeit zu erreichen?

Wenn im Folgenden von »Nation« und »Nationalstaat« die Rede ist, so sei durchaus eingeräumt, dass das schwierige, ambivalente und natürlich auch nicht deckungsgleiche Begriffe sind. Was ist eine Nation überhaupt? Auf was für einem Staatsverständnis soll der zu preisende Nationalstaat beruhen? Und in welchem Verhältnis stehen beide zueinander? Solche definitorischen Fragen können im Rahmen eines solchen Zwischenrufs natürlich nicht erschöpfend behandelt oder gar gelöst werden – die Politikwissenschaft ringt seit Jahrzehnten mit ihnen. Nationalstaat und Nation werden als sich gegenseitig bedingende Konzepte begriffen, die menschliche Identitätsbedürfnisse in einer Wechselbeziehung ansprechen, dabei jedoch in ihren globalen Ausprägungen eine enorme Bandbreite abdecken. Teils beziehen sich die hier vorgebrachten Argumente stärker auf die Institution Staat und streifen die Idee einer Nation nur am Rande, teils, etwa bei der Erörterung dessen, was eine weltoffene Nation als Grundlage staatlicher Solidarität und Integration ausmacht, kommt die Idee einer progressiven und nicht ethnisch begriffenen Nation, die dem Staat gewissermaßen »eine Gestalt« gibt, stärker zum Tragen.¹¹

Der Argumentation zugrunde liegt dabei auch die Überzeugung, dass ein Plädoyer für Nationalstaat und Nation als Träger und Betätigungsfeld progressiver Politik gerade *kein* Anbieten an den vermeintlich nationalistischen Zeitgeist ist. Im Gegenteil – es handelt sich um eine Wiederentdeckung zeitweise vernachlässigter Überzeugungen. Es geht eben gerade nicht darum, emanzipatorische Ziele über Bord zu werfen, sondern um die Rehabilitation einer Idee, die auf das Engste mit Vorstellungen gerade der politischen Linken verbunden ist. In ihrem Bemühen, die europäische Integration belastbar und zukunftsfest zu machen, sollten gerade progressive Kräfte den Nationalstaat eben nicht bekämpfen oder ignorieren, sondern ihn als tragendes Element eines geeinten Kontinents akzeptieren und fortschrittlich gestalten. Denn eine Linke, die die Idee der Nationalstaatlichkeit dem politischen Gegner rechts außen überlässt, beschädigt nicht nur die Idee ei-

ner progressiven und weltoffenen Nation, sondern auch die Ideale von Gerechtigkeit, Solidarität und Partizipation und damit letztlich sich selbst.

-
- 1 Peter Glotz: *Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum*. Stuttgart 1990.
 - 2 Benedict Anderson: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Verso, London 1983.
 - 3 Karl W. Deutsch: *Der Nationalismus und seine Alternativen*. München 1972, S. 9.
 - 4 Karl Marx und Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. Neuausgabe, Berlin 2016.
 - 5 Robert Menasse: *Der Europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas*. Zsolnay Verlag, Wien 2012.
 - 6 Ulrike Guérot: *Warum Europa eine Republik werden muss!* Dietz, Bonn 2016.
 - 7 Wolfgang Streeck: *Nicht ohne meine Identität? Die Zukunft der Nationalstaaten*. SWR2 Manuskript, 29. Oktober 2017. <https://www.swr.de/-/id=20298024/property=download/nid=660374/geuyws/swr2-wissen-20171029.pdf>
 - 8 Sechste Welle des *World Values Survey* 2010–2014. www.worldvaluessurvey.org
 - 9 YouGov-Umfrage März 2017 für das *Handelsblatt*. <http://bit.ly/2DaMLFW>
 - 10 Hannah Arendt: *The Origins of Totalitarianism*. New York 1951.
 - 11 Ben Möbius: *Die liberale Nation. Deutschland zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft*. Leske & Budrich, 2003, S. 38.